

hochschule

leipziger beiträge
zu hochschule &
wissenschaft

ost

special

Peer Pasternack (Hrsg.)

Eine nachholende Debatte

Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97

Leipzig 1998

INHALT

<i>Ulrich Johannes Schneider:</i> Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie	7
<i>Rüdiger Zill:</i> Staatsphilosophie.....	22
<i>Guntolf Herzberg:</i> Lautes oder lauter Schweigen? Über die Schwierigkeiten der Philosophen, die DDR-Philosophie aufzuarbeiten	24
<i>Guntolf Herzberg:</i> Warum ist nicht alles so geblieben, wie es war?.....	31
<i>Wilhelm Schmid:</i> Zur Situation der Philosophie.....	35
<i>Klaus-M. Kodalle:</i> Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik	37
<i>Hans-Ulrich Wöhler:</i> Die Erfahrung des Anderen.....	45
<i>Wolfgang Bialas:</i> DDR-Philosophie – Ideologie der Macht oder Wissenschaft des Geistes?	55
<i>Klaus-Dieter Eichler:</i> Tabula rasa und Kontinuität. Anmerkungen zu einer Diskussion	60
<i>Ulrich Johannes Schneider:</i> Der Skandal der Abwicklung. Selbstvergessen – wie deutsche Philosophen die DDR-Geschichte verdrängen.....	70
<i>Volker Gerhardt:</i> Die DDR war keine Idylle. Für eine kritische Marxismus-Diskussion. Eine Antwort auf Ulrich J. Schneider	74
<i>Volker Gerhardt:</i> Philosophieren nach dem Marxismus. Rückblick auf eine überwundene Teilung.....	79
<i>Guntolf Herzberg:</i> Leere Schubladen. Zum Mythos einer Subkultur in der DDR-Philosophie	99
<i>Ulrich Johannes Schneider:</i> Hinter Mauern aus Text. Mutmaßungen über die DDR-Philosophie	103
<i>Mark Siemons:</i>	

Im Zeichen des Zirkels. Ein Streit um das philosophische Erbe der DDR	111
<i>Joachim Christian Horn:</i>	
Manfred Buhr zum Apparatschik gestempelt.....	115
<i>Volker Gerhardt:</i>	
Der Geist schweigt im Futur. Kulturschranke: Von den Intellektuellen und der DDR-Philosophie	117
<i>Andreas Krause:</i>	
Formaldehyd für die elfte Feuerbachthese. Denken im Staatsdienst: Streit um den Marxismus und die Abwicklung der DDR-Philosophie	120
<i>Kerstin Decker:</i>	
Wenn Philosophen sich streiten. Gab es in der DDR nur eine staat- lich verordnete Philosophie oder auch philosophisches Denken?.....	124
Tagesspiegel-Interview mit Ulrich Johannes Schneider.....	125
<i>Volker Gerhardt:</i>	
Philosophie in der DDR. In den Machtapparat verstrickt	127
<i>Thomas Heinrichs & Heike Weinbach:</i>	
Mit PhilosophInnen ist ein Staat zu machen. Selbstaufgabe und Abwicklung der DDR-Philosophie.....	129
<i>Reinhart Maurer:</i>	
Der Liberalismus siegt. Die Abwicklung und das Schweigen der Philosophen	137
<i>Suetsugu Toshiyasu:</i>	
Plädoyer für einen „Streit der Konzepte“	158
<i>Udo Marquardt:</i>	
Die philosophische Wende. Von der Abwicklung der DDR-Philosophie	170
<i>Peer Pasternack:</i>	
Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97.....	179
Anhang	
<i>Peer Pasternack:</i>	
Philosophie & Philosophen in der DDR. Philosophie in Ostdeutschland nach 1989. Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 - 1998.....	194
1. Selbständige Publikationen (195). 2. Artikel (216)	
Autoren & Autorinnen	230

Die Drucklegung des vorliegenden Bandes wird unterstützt durch den
Fördererkreis demokratischer Volks- und Hochschulbildung e.V.,
Hamburg

Zu danken ist den AutorInnen, Redaktionen bzw. Verlagen für die freundlich erteilten Nachdruckgenehmigungen.

hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft

Verlegt durch den Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim
StuRa der Universität Leipzig

Redaktion:

Sonja Brentjes, Falk Bretschneider (Schriftleitung), Frank Geißler, Monika Gibas, Thomas Neie, Peer Pasternack (Herausgeber), Thomas Perler, Stephan R. Sandler, Georg Schuppener

UNIVERSITÄT LEIPZIG
**STUDENTI
NEN**
Rat

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig.

Hausanschrift: Augustusplatz 11, 04109 Leipzig.

Tel. (0177) 32 70 900.

Fax (0341) 97 37 859.

E-Mail: hso@server1.rz.uni-leipzig.de.

hochschule ost im Internet:

<http://www.uni-leipzig.de/~zhs/hso/hoframe.html>

Die veröffentlichten Beiträge geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HpÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck + Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

hochschule ost erscheint quartalsweise.

ISSN 0944-7989. Dieser Band: ISBN 3-9806319-0-7

Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen^{*}

Über die neudeutsche Universitätsphilosophie¹

Ulrich Johannes Schneider

Leipzig

Seit 1990 sind westdeutsche Verhältnisse auch im Osten der erweiterten BRD anzutreffen: Für wenige Bereiche trifft das so allgemein zu wie für die Universitäten, die in den neuen Bundesländern strukturell denen der

alten Bundesländer gleichgemacht wurden. Die Inhalte haben gewechselt, je nach Disziplin. Aber ist damit alles gesagt? Was heißt das zum Beispiel für die Philosophie, nachdem die Universitäten das westdeutsche Muster adaptiert haben, und zugleich Inhalte und Personen fast völlig ausgetauscht wurden?

In der DDR gab es Philosophie als Fach an mehreren Universitäten in eigenen Sektionen, die neben den Sektionen für Marxismus-Leninismus bestanden. Zwar wurden alle Lehrenden der Philosophie als Marxisten-Leninisten angesehen und verstanden sich in der Regel selbst auch so, es gab gleichwohl ein relativ breites Spektrum verschiedener Interessen, sowohl in historischer als auch in systematischer Hinsicht. Wie im Westen gab es Philosophiehistoriker für Antike, Mittelalter, Neuzeit und Moderne (genannt „bürgerliche Philosophie“), dazu noch solche für die zeitgenössische westliche Philosophie (genannt „spätbürgerliche“ Philosophie). Im systematischen Bereich variierten die Interessen von Erkenntnistheorie über Wissenschaftstheorie bis hin zu ethischen und sozialen Problemen. Es gab in der Forschung durchaus so etwas wie die Bildung schulähnlicher Zusammenhänge um einzelne Lehrstühle.

^{*} Erstveröffentlichung: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1/1996, S. 149–159.

¹ Teile des folgenden Textes sind identisch mit einem unveröffentlichten Meinungsbild, das der Verfasser auf Anfrage der UNESCO erstellt hat. Der Verfasser, aus dem Westen Deutschlands kommend und seit 1992 Assistent am Philosophischen Institut der Universität Leipzig, hat seine Ausführungen mit vielen ost- und westdeutschen Philosophen diskutiert, meistens kontrovers. Vielleicht kann diese Veröffentlichung dazu dienen, das im Titel angesprochene Thema zu vertiefen.

Allseitiges Schweigen

Heute sind die Interessen derer, die an den Universitäten der neuen Bundesländer Philosophie unterrichten, ungleich stärker diversifiziert. Das hat vor allem damit zu tun, daß der Marxismus-Leninismus keine Rolle mehr spielt. Mit der Staatsideologie ist in Ostdeutschland – anders als in Rußland oder Polen – auch der dazugehörige philosophische Betrieb verschwunden; was bis 1990 die Geister beschäftigte, wurde in kurzer Zeit zu einer Größe, über die man nur in der Vergangenheitsform sprechen kann. Dazu kommt, daß die Protagonisten der Philosophie in der DDR heute keine Stimme mehr haben: Während Schriftsteller aus der DDR öffentlich sich noch verteidigen oder erklären, was sie früher schrieben oder sagten, schweigen die Philosophen – mit wenigen Ausnahmen (vgl. die Beiträge in Kapferer (1994)). Sie werden auch nicht gefragt. Zu ihrem Elend kommt noch, daß im Moment ihres Funktionsverlusts auch schon ihre Geschichte geschrieben schien – von westdeutschen Autoren (vgl. Wilharm und Kapferer (1990)).

Etwas unheimlich mutet an, daß diese Zerstörung einer philosophischen Kultur durch eine andere, diese Ersetzung einer Philosophie durch eine andere die Situation der Philosophie im Grunde nicht verändert hat. Heute wird die Philosophie von den Regierungen der einzelnen Länder ebenso relativ großzügig „ingerichtet“ und „ausgestattet“ wie zuvor im sozialistischen Zentralstaat die philosophischen Sektionen. Aber auch diese administrative Stützung ist ein schweigend vollzogenes Werk. Die Universitätsphilosophie scheint aus einer Selbstverständlichkeit in die andere zu geraten, ohne daß eine nicht bloß lokale Diskussion darüber stattgefunden hätte.

Der funktionierende Philosophiebetrieb von heute ist somit in ein dreifaches Schweigen eingebettet: erstens das der ehemaligen DDR-Philosophen, die historisch marginal geworden sind; zweitens das der neuen Regierungen, die mit politischen Mitteln neue Strukturen schaffen; und drittens das derjenigen, die auf die freigewordenen Stellen berufen sind – und dieses Schweigen ist vielleicht am beunruhigendsten, weil es ein Schweigen über die herrschenden Verhältnisse ist.

Wenn westdeutsche Professoren „im Osten“ auftreten, als Teilnehmer an Kolloquien und Workshops, dann wissen sie, daß sie einem Teil ihres Publikum fremd sind. Das halten sie aber aus, hoffend vielleicht auf Gewöhnung und die Macht der Verhältnisse. Nur sehr selten lenken sie das Gespräch an den neueingerichteten Philosophie-Instituten der östlichen Länder auf den gesellschaftlichen Umbruchprozeß und dessen Bedeutung

für ihre Disziplin. Meist wird eine Eingangsbemerkung dazu gemacht. Das akademische Reden und Vortragen scheint den meisten Universitätsphilosophen so sehr Selbstzweck geworden zu sein, daß sie sich über die Bedingungen ihres Verstandenwerdens keine Gedanken mehr machen. Sie haben an anderen Orten schon geübt, die Zuhörer nur als Publikum zu nehmen, als Staffage ihrer Eitelkeit. Die Baustellen in den ostdeutschen Innenstädten beeindruckten viele, aber für die „Umbauarbeiten im Kopf“ der Menschen dort interessiert man sich selten. Den meisten scheint, schlimmer noch, das eine wie das andere ein äußerlicher Prozeß zu sein. Es ist eine Frage, welche die bezahlten Philosophen sich offenbar noch nicht richtig gestellt haben: die Frage nach der Bedeutung, die der administrativ erfolgreiche Umbau der Universitäten in den neuen Bundesländern für die Philosophie hat. Dabei ist kaum eine andere Disziplin in ihrer alten Form so gründlich abgebaut und unmittelbar zugleich damit so grundlegend aufgebaut worden wie die Philosophie an den Universitäten der neuen Bundesländer.

Für die neu in den östlichen Bundesländern lehrend und forschend Tätigen war ein Universitätswechsel nichts Unerwartetes, sondern im Gegenteil ein gewöhnlicher Karriereschritt. Wenn man die Sprache des Beamtenrechts verwenden will, handelte es sich für die an westdeutschen Universitäten ausgebildeten Philosophen um eine „Beförderung“. Beförderung kann man auch allgemein verstehen: Befördert wurden nicht nur Personen, sondern auch Ideen, Haltungen, Auffassungs- und Vermittlungsweisen usw., die mit den in der westdeutschen Gesellschaft sozialisierten Personen verbunden sind. Entlassen dagegen wurde nicht nur eine große Zahl von Personen, die vor 1990 an der Universität angestellt waren, sondern auch eine ganze Reihe von Ideen, Haltungen, Auffassungs- und Vermittlungsweisen usw., die mit den in der ostdeutschen Gesellschaft sozialisierten Personen verbunden waren.

Die Situation der Philosophie in den Jahren nach dem Oktober 1990 ist allgemein durch diese beiden Größen gekennzeichnet: Beförderung und Entlassung. In den neuen Bundesländern bestimmen diese Größen auch individuelle Schicksale: Nachdem diese und jene Personen entlassen, d. h. aus der Universität ausgeschlossen waren, wurden diese und jene anderen Personen auf die freien Stellen befördert. Beides hat Zeit in Anspruch genommen, was bei allen „Beteiligten“ (Beförderten und Entlassenen) die Nerven angriff. Inzwischen hat sich die Spannung gelöst, die Konfrontation zwischen Altem und Neuem ist entschieden, zumindest was den Personal-

bestand angeht.² Es drängt sich folgender Eindruck auf: Die Beförderung von Ideen und Gedanken „westlicher Prägung“ an die Institute und Hörsäle „im Osten“ ist von allen Beteiligten als ein Bäumchen-Wechsel-Dich-Spiel aufgefaßt und akzeptiert worden, dessen Regie den Landesregierungen niemals streitig gemacht wurde. Die Ersetzung der Philosophie durch Philosophie ging so reibungslos vonstatten, weil es Politikern überlassen wurde, diese Ersetzung zu bewerkstelligen, und Politiker haben der Einfachheit halber Köpfe ausgetauscht. Eine philosophische Diskussion über die gesellschaftliche Funktion oder Situation der Philosophie konnte ihnen dabei nicht in die Quere kommen – diese Diskussion gab es schon im geteilten Deutschland auf keiner Seite. Philosophen waren Staatsdiener hüben wie drüben und sind es noch heute; ganz wie Soldaten oder Polizisten bequemen sie sich Regeln und Gesetzen; das Befolgen und Gehorchen gelingt ihnen von allein.

Vor 1990 waren sich die Philosophen der BRD und der DDR weitgehend unbekannt. Nur privilegierte DDR-Akademiker konnten an Tagungen im Westen teilnehmen; im Westen bestand meist nur wenig Interesse an Philosophen aus der DDR. Es waren in der Mehrzahl Wissenschaftstheoretiker und Philosophiehistoriker der DDR, die im Westen persönlich bekannt waren. Als 1992 eines der führenden Mitglieder des ehemaligen „Zentralinstituts für Philosophie“ an der Akademie der Wissenschaften der DDR gefragt wurde, was denn von der „DDR-Philosophie“ seiner Meinung nach bleiben würde, antwortete er zur Überraschung vieler: die gro-

² Bis 1990 lehrten etwa 30 Universitätsprofessoren Philosophie in der DDR; es gab an 5 Universitäten eigene „Sektionen für marxistisch-leninistische Philosophie“ (2 große Sektionen in Berlin und Leipzig mit mehr als 10 Professoren, 3 kleine in Greifswald, Halle und Jena). An der Universität Dresden konnten Studenten im Fernstudium Philosophie studieren, an anderen Hochschulen gab es einzelne Lehrstühle für Philosophie. Zusammen mit Assistenten kann man die Zahl der akademischen Lehrer der Philosophie in der DDR auf ca. 150 schätzen. Etwa ebensoviele Philosophen waren an diversen Forschungseinrichtungen tätig (also nicht in der Lehre), die meisten davon im „Zentralinstitut für Philosophie“ der „Akademie der Wissenschaften der DDR“. Heute gibt es 12 philosophische Institute an den Universitäten in Mecklenburg-Vorpommern (Rostock und Greifswald), Brandenburg (Cottbus, Frankfurt an der Oder und Potsdam), Sachsen-Anhalt (Halle und Magdeburg), Thüringen (Jena und Erfurt) und in Sachsen (Leipzig, Chemnitz und Dresden). Die Humboldt-Universität im Land Berlin zählt ebenfalls zu den umstrukturierten Universitäten. An allen Instituten zusammen lehren ca. 35 Philosophieprofessoren (in Berlin und Dresden mehr als 4 pro Institut, sonst weniger); die Zahl der Assistenten und anderer Lehrkräfte ist höher (ca. 60). Insgesamt lehren 1995 in Deutschland an ca. 70 Universitäten ca. 330 Philosophieprofessoren (ohne Assistenten und andere Lehrkräfte).

ßen Gesamtausgaben. In der Tat sind die teilweise in Ost-West-Zusammenarbeit unternommenen Werkausgaben von Aristoteles und Leibniz gute Beispiele für den Minimalkonsens, auf dem die gegenseitige Anerkennung auch vor 1990 beruhte. Mit anderen Worten: Es gab keine fachliche Auseinandersetzung, eine Diskussion etwa zur Bedeutung des Marxismus fand auf einer ost-westdeutschen Ebene nicht statt (Ausnahmen bestätigen die Regel). Das ist keineswegs erstaunlich, denn es gilt auch für die Verhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland, zwischen England und Deutschland, zwischen Frankreich und England, daß man auf jeder Seite die Denker aus dem jeweils anderen Land oft für befangen, ja für voreingenommen hält. Warum sollte es zwischen den beiden deutschen Staaten anders gewesen sein? Bis auf einzelne marxistische Wissenschaftler im Westen interessierte sich niemand für die Diskussionen im Osten, weil man kein Interesse hatte, sich einzumischen. Genauso umgekehrt: An den Lehrstühlen für „Geschichte der bürgerlichen Philosophie“ wurden die philosophischen Debatten Westdeutschlands zwar kommentierend begleitet, nicht aber mit der Absicht, daran teilzunehmen. Die im politischen Bereich einigermaßen „friedliche Koexistenz“ der beiden deutschen Staaten wurde im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich durch Ahnungslosigkeit und Desinteresse, auch durch ein implizites Überlegenheitsgefühl gestützt – auf beiden Seiten.

Das Kommunikationsdefizit vor 1990 hatte natürlich etwas mit der politischen Lage zu tun, aus der auch die Philosophie begriffen werden muß. Philosophieprofessoren waren beiderseits der deutschen Mauer – wenn auch in verschiedenem Grade merklich – ziemlich direkt mit dem Staat verbunden, in dem sie lebten. Im Osten waren die meisten Philosophen Mitglieder der SED und daher über Versammlungen und Aktivitäten anderer Art mit den Meinungsbildungsprozessen der Partei- und Staatsführung vertraut. Nur zur Stunde der mehrmals im Monat regelmäßig stattfindenden Parteiversammlung seien alle Universitätsbüros besetzt gewesen, sagen die Sekretärinnen. Die Universität selbst war der Ort der engsten Berührung von Partei-Ideologie und akademischer Tätigkeit – die im engeren Sinn wissenschaftliche Arbeit fand zu Hause und in Bibliotheken statt.

Westlich der Mauer gab es keine direkte Kontrolle der Aktivitäten der Philosophieprofessoren, sie waren aber, wie alle Professoren, Beamte und mußten mit dem Eid auf die Verfassung etwa in Westberlin auch das Versprechen ablegen, Kontakte mit Personen aus der DDR einer staatlichen Stelle anzuzeigen. Der Augenblick der Verbeamtung war hier (und ist noch) die letzte entscheidende Hürde vor dem Professorenstatus, den man danach eigentlich nicht mehr verlieren kann. Die als Philosophieprofesso-

ren gescheiterten Arthur Schopenhauer und Friedrich Nietzsche haben bereits im 19. Jahrhundert Spott über die staatliche Anstellung „freier“ Denker vergossen. In der Tat findet die Lehre und Forschung an deutschen Universitäten seit je die äußerste Grenze ihrer Freiheit in der ministerialen Personalpolitik und den darauf orientierten Rücksichten.

Die akademische Philosophie: neuen und alten Mächten ausgeliefert

Die Abhängigkeit der Philosophieprofessoren von der Regierung besteht ganz einfach darin, daß die Personalpolitik nicht in ihren Händen liegt, sondern in denen eines Ministers, der Professoren beruft. Bei den neuen Bundesländern kommt hinzu, daß hier die Personalpolitik weniger Berufungs- als Abberufungspolitik ist.

Das Ministerium setzt neue Leute durch: Das gilt im deutschen System ganz generell und war auch beispielsweise bei Ernst Bloch so, der seine erste Professur 1949 in Leipzig gegen das Votum der Universität nur dank des damaligen Sächsischen Ministeriums erhielt. Nach 1990 haben die Ministerien der neuen Länder die Flut der Besetzungsfragen durch eigens gebildete Fachkommissionen zu bewältigen versucht, die hauptsächlich aus westdeutschen Professoren bestanden mit nur einigen wenigen (zahlenmäßig nicht entscheidenden) „alten“ Mitgliedern der jeweiligen Universität. Inzwischen sind alle Institute besetzt, und es haben drei oder vier DDR-Philosophen den Sprung auf Professorenstellen „neuen Rechts“ geschafft, einigen jüngeren Wissenschaftlern könnte es in Zukunft gelingen. Die Durchsetzung des Neuen stand seitens der Ministerien immer im Zeichen der Abwehr des Alten; der Hebel war hier die Logik der Stellenbesetzung, die eine Logik des Entweder-Oder ist. Unvermeidlich war in ministerieller Perspektive die Entlassung von DDR-Philosophieprofessoren Voraussetzung der Neubesetzungen. DDR-Philosophen verloren ihre Arbeit fast alle aus politischen Gründen, die im „Einigungsvertrag“ zwischen der BRD und der DDR in juristische Kriterien verwandelt wurden. Ihre wissenschaftliche und pädagogische Qualifikation war nie Thema. In Leipzig gibt es drei Fälle, wo verdiente und über die Grenzen der DDR hinaus bekannte und anerkannte Philosophieprofessoren nicht mehr als Lehrende oder Forschende mit der Universität in engere Verbindung treten können. Die Macht des Ministeriums bewirkte eine radikale Abtrennung des Alten vom Neuen. Nur wenige der Geschafften haben die philosophische Gelassenheit, persönliche und wissenschaftliche Kontakte über den Graben hinweg zu knüpfen.

Der Einigungsvertrag nennt die Schließung ganzer Einrichtungen „Abwicklung“. Auch die Umgestaltung und Umbesetzung der Sektionen für Philosophie (jetzt Institute für Philosophie) wurde Abwicklung genannt; „wegen Abwicklung“ wurde gekündigt („mangels Bedarf“ sagte dasselbe mit anderen Worten). Die Humboldt-Universität Berlin hat früh schon gegen dieses Verfahren geklagt und gegen das Land Berlin Recht erhalten: Eine Auflösung nur von Teilen (Instituten) oder gar nur eine Neubesetzung von freigemachten Stellen sei keine Abwicklung; jede Kündigung erfordere deshalb eine „Begründung im Einzelfall“. In Leipzig wurden sogar einige Sekretärinnen, die keinen Tag zu arbeiten aufgehört hatten, wegen „Abwicklung“ der Sektion für Philosophie und Neugründung des Instituts für Philosophie ohne Anrechnung der abgeleiteten Dienstjahre von einem Tag auf den anderen als neu angestellt eingestuft. Wie in Sachsen, so erhalten auch in anderen Ländern die meisten wegen Abwicklung oder ähnlich pauschalen Gründen Gekündigten vor Gericht Recht, ohne damit schon in ihre alten Arbeitsverhältnisse zu gelangen.

Das durch solche Willkürmaßnahmen geprägte inneruniversitäre Klima war einer Diskussion der Neuorganisation der Universitäten natürlich nicht förderlich. Im Grabenkampf um Stellen und um eine gerechte Beurteilung ihrer früheren Tätigkeit sind viele DDR-Philosophen verbittert und haben die Energie verloren, sich an einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu beteiligen. Aber auch auf seiten der neubestallten Wissenschaftler ist die regierungsamtliche Radikalität auf keinen nennenswerten Widerstand gestoßen. Der eklatante Mangel an Reflexion über die Stellung der Philosophie in der Gesellschaft hat ost- wie westdeutsche Philosophen zu Schachfiguren einer Politik werden lassen, die auf das reibungslose Funktionieren von Lehre und Forschung abzielt. Eine „funktionierende Universität“ wird in öffentlichen Erklärungen von Universitätsrektoren und Universitätspräsidenten oft gefordert, wobei man sich aber darunter offensichtlich vor allem eine Universität ohne politische Auseinandersetzung vorstellt. Die durch die Kultusministerien verantwortete Personalpolitik hat in Deutschland eine lange Tradition; gleichwohl ist das widerspruchslose Funktionieren dieser Politik in der Zeit nach 1990 besonders auffällig. Genauso auffällig ist das unkommentierte Hinnehmen einer ganz anderen Personalpolitik, die von mehr oder weniger geheimen Kommissionen gestaltet wurde, und denen die Universitätsinstitute als Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes ausgeliefert sind. Ihre Mitglieder, vor allem diejenigen, die vorher in der DDR arbeiteten, waren der Beurteilung im Hinblick auf eine Mitarbeit bei der „Stasi“ ausgesetzt. Nach allem, was bekannt geworden ist, finden sich in den Beurteilungen, die von einigermaßen willkürlich zusam-

mengesetzten und selbst unkontrollierten Personalkommissionen zur Entscheidung befördert werden, moralische und juristische Kriterien gemischt. Mit anderen Worten: Es werden bestimmte Arten von Tätigkeiten aus der Zeit vor 1990 gegen einzelne Personen gewendet, ohne daß die Kriterien der Entscheidungen oder die Qualifikation der Entscheidenden eingehend diskutiert würde. Im Bereich der Philosophie vollzieht sich nicht anders als anderswo eine schleichende „Abrechnung“ mit der DDR, wo fast alles undurchsichtig bleibt: Täter, Gründe, Opfer.

Der Stasi-Vorwurf scheint ganz einfach zu sein: Wer irgendwann einmal mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR zusammengearbeitet hat, offiziell oder inoffiziell, darf kein Beamter werden bzw. im Bereich des Öffentlichen Dienstes keine Anstellung erhalten. Eine inzwischen langjährige öffentliche Debatte um diese allgemeine Strategie der neudeutschen Politik (und um einige wenige Einzelfälle) hat dazu geführt, heute viele Formen der „Zusammenarbeit“ als eher harmlos anzusehen; Kritik hat sich artikuliert an der Benutzung von Akten eines Ministeriums, in dem Fälschung und Desinformation geübte Praxis war. Das Problem ist sehr komplex, denn es gab auch Standpunkte wie den des Schriftstellers Heiner Müller, der zugab, mit der „Stasi“ Kontakte gepflegt zu haben, weil ihm bewußt gewesen sei, mit den Leuten der Partei – besonders in den letzten Jahren der DDR – nicht mehr reden zu können. Ein philosophischer Mitarbeiter aus Leipzig, der ähnlich argumentierte und seine Zusammenarbeit mit der Stasi frühzeitig öffentlich machte, weil er so seine Unschuld beweisen wollte, erreichte damit nur seine sofortige Entlassung. Die meisten reagierten und reagieren anders und warten ab, bis die Mitarbeiter der Gauck-Behörde fündig werden. Wiederum in Leipzig sind 1993 zwei Kollegen von einem auf den anderen Tag verschwunden – sie wurden „rausgegauckt“, wie man sagt. Nichts an diesem Prozeß der Beurteilung war öffentlich: demokratisch nicht legitimierte Personalkommissionen auf der Ebene der Universitäten und der Landesregierungen führten geheime Verfahren zur Anhörung der Betroffenen und Urteilsfindung durch. Den Entlassenen blieb der Weg der Klage, den viele erfolgreich beschritten, ohne allerdings eine Wiedereinstellung erreichen zu können. In keinem Fall hat eine Beurteilung der konkreten Art der Zusammenarbeit die Entscheidung beeinflußt, es war immer nur die Tatsache der Zusammenarbeit selbst ausschlaggebend.

Inzwischen sind die Akten der Stasi von und über Philosophen weitgehend erforscht und vom zuständigen Mitarbeiter der Gauck-Behörde jüngst in großen Zügen öffentlich bekannt gemacht worden (vgl. Herzberg (1994)). Daraus kann man entnehmen, daß die Stasi nur selten rein inhaltli-

che Gründe hatte, Informationen über Philosophen zu sammeln oder gar in deren Karriere einzugreifen – auch wenn solche inhaltlichen Gründe von Mitarbeitern, d.h. von Philosophen-Spitzeln, angedient wurden. Interesse bestand im wesentlichen an der allgemeinen ideologischen Zuverlässigkeit und an Informationen über Kontakte einzelner Personen ins westliche Ausland. In merkwürdig ähnlicher Fortsetzung dieses Auskundschaftens wissenschaftlich irrelevanter Daten arbeiten die Personalkommissionen im Verein mit der Gauck-Behörde heute noch an einer schematischen Klassifizierung der in der DDR sozialisierten Menschen in „Täter“ und „Opfer“, indem sie die bloße Dokumentierung einer Mitarbeit zur Basis einer Verurteilung machen. So wurde beispielsweise 1993 ein Mitglied des Leipziger Instituts für Philosophie vor die universitäre Personalkommission zitiert, die ihm zwei neuaufgefundene Dokumente zur Last legte: ein Schreiben der Stasi, worin dem Mitarbeiter eine Auslandsreise untersagt wurde mit der Begründung, es sei zu einem früheren Zeitpunkt nicht zu der gewünschten Zusammenarbeit gekommen, und einen leeren Ordner, der offenbar für Berichte angelegt worden war, die der Betreffende nicht geschrieben hat. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß erst die Tatsache, daß der Betroffene diesen Vorgang im kleinen Kreis herumerzählte, ihn vor Konsequenzen bewahrt hat, die die Personalkommission aus den ja offenbar entlastenden Dokumenten gegen ihn zu folgern bereit gewesen wäre.

Die Kultur der Philosophen: Verdächtigungen und blinder Fleck

Mit der Demokratisierung der politischen Verhältnisse auf dem Gebiet der ehemaligen DDR hat sich nicht nur der Inhalt der Lehre der Philosophen verändert, sondern mit den westdeutsch gestalteten Universitäten wurde auch eine neue Situation für die Philosophie überhaupt geschaffen. Es gibt einen neuen Rahmen für Handeln und Verhalten der Universitätsphilosophen. Dieser Rahmen scheint nun tatsächlich weit weniger dem gegenseitigen Kennenlernen zu dienen als der Wucherung von Verdächtigungen. Politisch hat den größten Nachdruck der Verdacht gegen die DDR-Philosophen als sogenannte „Kaderphilosophen“ (vgl. Kapferer (1990)), d.h. als Philosophen im Dienst der SED. Dieser Verdacht ist pauschal nicht einmal falsch. Er erklärt nur gar nichts, wenn man sich nicht (nachträglich bzw. rückblickend) in die Bedingungen hineinzudenken versucht, unter denen Studium und Forschung im sozialistischen Staat standen.

Für den westlichen Kopf ist das Nachplappern von partei-erzeugten Phrasen und die an der Oberfläche des Gedruckten nicht entdeckbare Kritik schon Zeichen von „Kaderphilosophie“, für das östliche Selbstverständnis dagegen sind im Rückblick die Grenzen enger und pragmatischer gezogen. Kaderphilosophie im eigentlichen Sinn wird hier gar nicht zugegeben, wohl aber das Vorhandensein von Kaderphilosophen: Wissenschaftler, die sich die engeren und kurzfristigeren politischen Zielsetzungen der führenden Partei zu eigen machten und ihre philosophische Kritikfähigkeit dem politischen Kampf unterordneten. Die Überzeugung, daß gegen den Klassenfeind auch das wissenschaftliche Denken parteilich sein müsse, hat solche Philosophen im Vorwort immer zu wenigstens einem Lenin-Zitat greifen lassen: Wer das nicht tat, vielleicht sogar Marx und Engels anzuführen vermied, der war sicher kein Kaderphilosoph. Aber auch solche, die sich auf die „Klassiker“ des Marxismus-Leninismus beriefen, taten es nicht immer blind und affirmativ. Die Kultur der Anspielungen und Auslassungen, der Abstufung von Haupt- und Seitenbemerkungen ist heute in ihrer DDR-spezifischen Raffiniertheit überflüssig geworden. Gleichwohl definierte diese Kultur wesentlich das Feld der intellektuellen Tätigkeit in der DDR-Philosophie.

Der verdächtigende Blick aus dem Westen auf die mehr oder weniger expliziten Zeichen der politischen Indienststellung des philosophischen Denkens in der DDR ist nicht sehr geübt, schon weil er zu selten als reflektierte Bemühung auf die eigene Arbeit angewandt wurde. Daß er insgesamt mehr verstellt als erhellt, läßt sich u.a. daran erkennen, daß er nicht zu erklären vermag, wie in der DDR-Philosophie Konflikte entstanden und ausgetragen wurden. Daß es in der DDR der sechziger Jahre den Versuch gab, die jugoslawische Praxis-Philosophie zu diskutieren, daß es in den achtziger Jahren eine Debatte über Heidegger gab, daß „bürgerliche Philosophie“ überhaupt zunehmend jenseits von Schablonen rezipiert wurde, das verweist auf einzelne Köpfe, die die Enge der philosophischen Debatten aufzubrechen gewillt waren. Daß die DDR-Philosophie dennoch bis zum Ende enger und langweiliger blieb als etwa die russische oder polnische Philosophie, kann man zwar behaupten – und sicher mit ähnlichem Recht, mit dem man die „BRD-Philosophie“ der letzten Jahrzehnte enger und langweiliger finden kann als etwa die französische oder amerikanische Philosophie –, es heißt aber noch nicht, die Philosophen seien in ihrer Mehrheit stalinistische Betonköpfe gewesen. Es ist wiederum paradox und wurde zuerst von verletzten ostdeutschen Seelen bemerkt, daß die Aburteilungs- und Ausgrenzungsstrategien, die für SED-konformes Verhalten

im allgemeinen typisch waren, heute im westlichen Verhalten wieder wirksam werden.

Umgekehrt sind die Verdächtigungen, die von DDR-Philosophen heute gegen die an „ihre“ Universitäten berufenen westdeutsch sozialisierten Nachfolger und (im Ausnahmefall) Kollegen gehegt werden, situationsbedingt bloße Ressentiments, die zum Teil aus dem alten Feindbild-Denken stammen und zum Teil durch neue Erfahrungen motiviert sind (Entlassung, Herabstufung). Die Fähigkeit zur analytischen Kritik war in der DDR kein Bildungsziel; wer sie dennoch erlernte, ist auch gegenwärtig meist frei von Ressentiments.

Es kann heute nicht darum gehen, Gerüchten mehr Gewicht beizumessen, als sie sowieso schon haben. Vielmehr wird von dem wechselseitigem Mißtrauen, für das sich so viele engagieren, gerade überdeckt, wie ähnlich die Verhaltensweisen auf beiden Seiten sind, wie sich die universitätsphilosophischen Kulturen ähneln. Das wissenschaftliche Arbeiten gehorchte vor 1990 in beiden Teilen Deutschlands zwar unterschiedlichen Bedingungen, kam jedoch in einer gewissen Akademisierung überein, in einer gewissen Ritualisierung der schriftlichen und mündlichen Vortrags- und Diskussionsformen. So bildete sich auf beiden Seiten eine Unfähigkeit zur Vermittlung von Philosophie außerhalb der Universitäten heraus. Zwar können die vielfältigen „propagandistischen Aktivitäten“, an denen DDR-Philosophen teilnahmen, als eine Form des Eingehens auf nicht-studentische Zuhörer gelten – als organisierte und Zuhörern wie Dozenten als Pflicht auferlegte Übung war hier allerdings ein genuin philosophisches Interesse an Vermittlung sicher nicht leitend. Heute mag eine solche Unfähigkeit zum Verlassen des akademischen Gehäuses bei einer spezialisierten Wissenschaft unvermeidlich sein, als Charakteristikum einer ganzen Disziplin, die in fast allen ihren Richtungen auf den gesunden Menschenverstand Bezug nimmt, erscheint sie bedenklich. Akademisierung heißt Professionalisierung, und diese hat selbstverständlich die marxistisch-leninistischen Philosophen auf ganz andere Inhalte schwören lassen als die nicht-marxistisch-leninistischen Philosophen. Professionalisierung heißt aber auch Konzentration der individuellen Kommunikationskompetenz auf wenig mehr als das für die Karriere notwendige Maß, und dieser Umstand hat dazu geführt, daß die Universitätsphilosophen aus Ost- und Westdeutschland nach 1990 so unglaublich große Schwierigkeiten hatten (und haben), einander zu verstehen. Nicht nur das System der Referenzen (Personen, Schriften, Theorien) war unterschiedlich, auch die Weise des Bezugs (im Verhältnis von expliziten und impliziten Bemerkungen, in Zitaten, Fußnoten usw.). So kommt es, daß noch heute manche der in der DDR soziali-

sierten Kollegen keine richtige Anschauung davon haben, wie individuell verschieden sich ihre Westkollegen verstehen (obwohl es philosophische Richtungen und sogar Schulen gibt), während auf der anderen Seite viele BRD-sozialisierte Kollegen kaum einen Begriff davon haben, wie verschiedenen Präferenzen und Interessen sich ihre Ostkollegen zuordnen (obwohl hier alle einer philosophischen Richtung angehörten). Sicher war es nach 1990 zuerst ein Unterschied im Wissen, der ein wechselseitiges Verständnis erschwerte; es scheint aber eine beiderseits durchaus ähnliche Unfähigkeit des Umgangs mit „fremdem“ Wissen zu sein, die dieses Verständnis immer noch verzögert.

Wenn die Philosophen, die an den seit 1990 neubesetzten Lehrstühlen in den neuen Bundesländern lehren, sich so wenig für die Philosophie an ihren eigenen Institutionen vor 1990 interessieren, dann liegt das unter anderem daran, daß sie es überhaupt kaum vermögen, sich für die unmittelbare Vergangenheit der Philosophie zu interessieren. Dieses Desinteresse, das alles einschließt, was die soziale und kulturelle Dimension der Philosophie als akademischer Disziplin ausmacht, hat eine Reihe von mehr oder weniger merkbaren Veränderungen begleitet – anders gesagt: Veränderungen sind nicht reflektiert worden. Das trifft auch für die DDR-Philosophen zu, deren Bemühungen um Anpassung verständlicherweise keine Kritik hat laut werden lassen. Was die fachphilosophische Diskussion betrifft, läßt sich an den Beiträgen der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* aus den letzten vier Jahren die „Wende“ in der Interessenlage beobachten: Die Pluralisierung der philosophischen Idiome vollzieht sich ohne Krach und Streit; mit dem Inspizienten hat sich die Souffleuse von der großen Bühne zurückgezogen, und die Akteure reden drauflos, ohne sich sehr darum zu sorgen, ob noch Zuschauer geblieben sind. Wenn hier die Anpassung vollends gelingt, wird auch diese Zeitschrift den Weg zum Fachlich-Sachlichen finden und wie andere Fachorgane vor allem die zu Lesern haben, die in ihr schreiben.

Die Provinzialisierung der deutschen Philosophie in einzelnen „Szenen“ – Hermeneutik, Diskurs- und Kommunikationstheorie, Analytische Philosophie (mit vielen Solisten), „Französischer Einfluß“, Geschichte der Philosophie (als Genre am verbreitetsten), Phänomenologie, Logik und Argumentationstheorie usw. – greift jetzt auch in den neuen Bundesländern um sich. Wenige Personen und noch weniger Institutionen (vom Kolloquium bis zur thematischen Tagung) überbrücken die sachlich und manchmal auch geographisch auseinanderliegenden Schauplätze des philosophischen Diskurses in Deutschland. Zwar sind die deutschen Philosophen durchaus assoziationsfreudig – die „Allgemeine Gesellschaft für Philosophie in

Deutschland“ zählt über 700, die „Gesellschaft für Analytische Philosophie“ fast 400 Mitglieder –, sie ringen sich aber nie zu gemeinsamen Aktionen durch.

Das zeigt sich auch bei der wirklich durchgreifenden Veränderung der universitären Definition der Philosophie, wie sie sich in den letzten zehn Jahren zuerst in der BRD, seit 1990 in ganz Deutschland vollzogen hat: der Etablierung der Philosophie als schulisches Unterrichtsfach. Es wird heute eine Entwicklung vollständig rückgängig gemacht, die im 19. Jahrhundert zur Ausgliederung der Philosophie aus den deutschen Schulen geführt hatte (im Gegensatz etwa zu Frankreich, wo Philosophie seit ebenso langer Zeit Schulfach ist). Philosophieprofessoren werden in Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts immer stärker „Lehrer von Lehrern“, was sie jahrhundertlang hauptsächlich nicht waren. Diese neue Bestimmung ist zugleich höchst variantenreich: Je nach Bundesland sehen die Lehrpläne für das Schulfach Philosophie sehr unterschiedlich aus, wie auch die Ausbildungspläne der Lehrer. In einigen Ländern ist Philosophie nur Teil eines Faches „Ethik“, das auch sehr unterschiedlich definiert ist – von einer Moralkunde, die dem im Westen traditionellen Religionsunterricht nahe ist, bis zum interdisziplinär angelegten Bildungsgang.

Es sind zwar überall Kommissionen am Werk gewesen, die auch mit Philosophen besetzt waren, in denen in Zusammenarbeit mit den Ministerien Lehrpläne und Curricula ausgearbeitet und Inhalt wie Form der Schulfächer definiert werden mußten. Eine größere Aufmerksamkeit findet die neue „Funktion“ der Universitätsphilosophie aber nicht: Professoren und Assistenten haben, so weit ich sehe, noch kaum als Herausforderung begriffen, daß „Lehrer“-Studenten neben den „Magister“-Studenten in den Seminaren sitzen. Die enorme Multiplikationswirkung, der ganz neue und weitgestreute Verbreitungseffekt philosophischen Wissens, das noch viele vor nicht allzu langer Zeit für so schwierig hielten, daß sie es der Wissenschaft vorbehalten wollten – all diese Neuerungen finden so gut wie keinen Eingang in das Selbstverständnis des deutschen Philosophieprofessors, der noch vor kurzem viel Wissenschaftstheorie getrieben hat – als Reflex seiner rein inneruniversitären Rolle. Die in der DDR sozialisierten Philosophen haben hier den gleichen blinden Fleck wie ihre in der BRD sozialisierten Kollegen: Sie scheinen es nicht gelernt zu haben, die konkreten Vermittlungsformen von Philosophie zu reflektieren. Für die Zukunft steht zu befürchten, daß die Philosophen die Definition ihrer gesellschaftlichen Identität bald an jene abgeben, die nach ihnen verlangen: neben den Kultusministerien vor allem Expertenkommissionen, Verlage, Privatpersonen. Hier gibt es bereits ein gewisses Angebot durch akademische Aussteiger,

die – ähnlich wie Therapeuten – eine „Philosophische Praxis“ eröffnet haben.

Vielleicht aber zwingt die neue Aufgabe, Lehrer auszubilden, die Philosophieprofessoren dazu, sich in die Köpfe der Schüler zu versetzen und sich über diesen (Um-)Weg der gesellschaftlichen Realität zu nähern. Doch viel Hoffnung darf man wohl nicht haben, daß die radikale Umformung des Faches Philosophie an der Universität auch in neuer Aufmerksamkeit und neuer Verantwortung denen gegenüber resultiert, die dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit gemäß bisher nicht berücksichtigt werden mußten. Auch läßt sich derzeit kaum ausmachen, daß die Studenten ihre Interessen gegenüber den institutionalisierten Köpfen vertreten, die so wenig geübt sind, gesellschaftliche Veränderungen wahrzunehmen.

Schlußbemerkung

Die Situation der Philosophie ist in ganz Deutschland die Situation eines akademischen Faches an den Universitäten. In den neuen Bundesländern haben die Universitäten zudem – wie die ganze Gesellschaft – ihre politische Struktur vollkommen verändert. Daß diese Veränderung von den Philosophieprofessoren schweigend akzeptiert wurde, erweist sie alle, in Ost und West, als gute Staatsbürger und disziplinierte Wissenschaftler, zu deren Wissenschaft es offenbar nicht mehr gehört, Probleme einer zwar friedlichen, aber radikalen Revolution aller Verhältnisse, gedanklich und im Hinblick auf das eigene Tun zu begleiten. Der nächste Kongreß der „Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland“, zu dem 1996 in Leipzig ca. 1000 Teilnehmer erwartet werden, bietet im geplanten Programm nirgends ein Forum für Philosophen, die gesellschaftspolitische Lage, geschweige denn ihre eigene Situation zu erörtern. Von der „Dynamik des Wissens und der Werte“ (so der Titel des Kongresses) nehmen sich die professionellen Denker offensichtlich selber aus.

Wahrscheinlich rührt die Unfähigkeit zur Selbstreflexion daher, daß die Philosophie in Deutschland als universitäre Institution auf ihr Verhältnis zum Staat verwiesen war und ist, und ihr Verhältnis zur Gesellschaft nur darüber reflektieren kann. Daß aber selbst von dieser Möglichkeit wenig Gebrauch gemacht wird und also über die gesellschaftliche Rolle der Philosophie in Deutschland so unglaublich wenig geschrieben und gestritten wird, hat nicht nur mit der professoralen Abhängigkeit von der Regierung zu tun, sondern wahrscheinlich auch mit der philosophischen Kultur, die eine fast rein akademische, wissenschaftliche Kultur ist. Die deutschen Philosophieprofessoren haben seit 1945 die gesellschaftspolitische Einmi-

schung und Auseinandersetzung so gut wie nie gesucht (Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel), und sie sind in dieser Abstinenz vom Aktuellen durch die Ereignisse seit 1990 nicht irritiert worden. Die immerhin gelegentlich geäußerte offene Selbstkritik von DDR-Philosophen bleibt eine einsame Übung, aus der sich für die Zukunft nicht viel lernen läßt. Der Diskurs über „Nation“ und „das Nationale“, von wenigen älteren West-Professoren zaghafte begonnen, scheint eher Symptom als der Versuch einer Einlassung auf neue Erfahrungsrealitäten. Indem das große Ganze thematisiert wird, kann die eigene Situation ausgeblendet bleiben

Literatur

Gerd Irrlitz, Ankunft der Utopie, in: *Sinn und Form* 5, 1990, 930–955.

Heiner Wilharm, Denken für eine geschlossene Welt. Philosophie in der DDR, Hamburg 1990.

Norbert Kapferer, Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988, Darmstadt 1990.

Volker Caysa/Petra Caysa/Klaus-Dieter Eichler/Elke Uhl, „Hoffnung kann enttäuscht werden“. Ernst Bloch in Leipzig, Frankfurt am Main 1992.

Hans-Peter Krüger, „Rückblick auf die DDR der 70er und 80er Jahre“, in: ders., Demission der Helden, Berlin 1992, 79–103.

Norbert Kapferer (Hg.), Innenansichten ostdeutscher Philosophen, Darmstadt 1994.

Pirmin Stekeler-Weithofer, Philosophie in Leipzig: Neubeginn oder Kontinuität?, in: *hochschule ost*, August 1993, 46–51.

Sonja Brentjes/Peer Pasternack, Berufungsverfahren Ost: Der Spagat zwischen Selbst- und Fremdergänzung, in: *hochschule ost*, Juli/August 1994, 28–43.

Guntolf Herzberg, Erkenntnis und operatives Interesse. Wie die Stasi die akademische Philosophie einspannte und aushorchte (Vortrag auf dem Deutschen Historikertag in Leipzig), in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. 9.1994, 42.

Anmerkung der Redaktion [der Deutschen Zeitschrift für Philosophie]:

Wir stellen den Beitrag von Ulrich Johannes Schneider hiermit zur Diskussion. Unsere LeserInnen möchten wir ausdrücklich ermuntern, sich in Leserbriefen mit den aufgeworfenen Problemen auseinanderzusetzen. In Heft 2/1996 werden wir erste kritische Stellungnahmen zum Text publizieren.

Eine nachholende Debatte

Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97*

Peer Pasternack

Wittenberg/Leipzig

*Es wird nie so heiß gegessen
wie gekocht wird, trösteten
die Gegessenen die Gekochten.
(Stanislaw Jerzy Lec)*

Das also waren nun endlich auch die Philosophen: Eine nicht unaufgeregte Auseinandersetzung ist wieder zur Ruhe gekommen; zwei Jahre lang, seit Anfang 1996, hatte die deutsche Philosophie versucht, sechs Jahre nicht stattgefundenes Gespräch über sich selbst aufzuholen. Es ging um den Umbau des Faches im ostdeutschen Siedlungsgebiet. Ein Fach, dem gemeinhin eine besondere Neigung zum Nachdenken über sich selbst nachgesagt wird, hat eine nachholende Debatte veranstaltet.¹

Zuvor, bis 1996, war es zum Umbau der Philosophie in Ostdeutschland gänzlich ruhig geblieben. Andere geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer sind dagegen - vergleichsweise - geradezu Epizentren disziplinärer Selbstreflexion gewesen. Deshalb wußten wir dort auch schon ein wenig mehr über umbauleitende Interessen, Motive und Deutungsmuster, zentrale wie unterdrückte Fragestellungen, strategische und taktische Koalitionen wie Verteilungserfolge der disziplininternen Fraktionen usw.

Die anderen Fächer

Die Geschichtswissenschaft etwa hatte gleich 1990 begonnen und war wohl auch im übrigen ein Sonderfall. Sie ist wie keine andere Disziplin unter einer sowohl regen fachinternen Diskussion wie fachexternen publizistischen Begleitung umgebaut worden. Der Bezug auf wissenschaftsübliche Argumentationsstandards blieb dabei gelegentlich nur marginal.²

* Erstveröffentlichung: *Comparativ* 4/1998, S. 91-102.

¹ Vgl. die Diskussion in der *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1-5/1996 und einige flankierende Äußerungen in anderen Zeitschriften sowie im Pressefeuilleton (s. die weiteren Fußnoten).

² Für solche generalisierenden Aussagen, soweit sie andere Fächer als die Philosophie betreffen, wird hier auf detaillierte Nachweise verzichtet und statt dessen auf zwei an-

Das alles war sehr medienträftig, auch nicht frei von unappetitlichen Episoden und verharrte nicht bei symbolischer Prestigeverteilung. Zugespitzt in der Frage "Wem gehört die DDR-Geschichte?" brachte einer der stilprägenden Akteure die Probleme auf einen personenbezogenen Punkt. Der 1990 gegen die etablierte DDR-Historikerzunft gegründete Unabhängige Historiker-Verband (UHV) fragte: Wer darf weiterhin öffentlich finanzierte Forschung zu betreiben?

Die Antwort schien nicht schwer. Denn zugleich hat der UHV eine Gegenpolitisierung der Geschichtswissenschaft zu forcieren gesucht: Arbeiten zur DDR-Geschichte werden unter der politischen Prämisse einer historischen Illegitimität der DDR favorisiert. Auf der anderen Seite beharren die vormals etablierten DDR-Historiker auf der ebenso politischen Prämisse historischer Legitimität der DDR und beziehen dies auch gleich auf deren politisches System. Das schränkt die Reichweite der Fragestellungen naturgemäß ebenso ein. In solcherart bewegter See konnte die etablierte (West-)Zunft ihre Schiffe recht zielsicher in die ostdeutschen Häfen steuern. Am Ende hat keiner der Kapitäne umkehren müssen.

Etwas anders in der Soziologie: Ihr hatten die ostdeutschen Fachvertreter zwar als Schmuttelkinder, aber als solche doch irgendwie zur Familie gehörend gegolten. Daher war es dort etwas zivilisierter zugegangen. (Übersehen müßten wir hier die - von stilistischen Verwerfungen nicht freie - Aneignung der Ost-Gründung *Berliner Journal für Soziologie* auf kaltem Wege.³) Bei allen individuellen Härten, die innerhalb der ostdeutschen Soziologengemeinde aufgetreten sind, ist dies auch den Ergebnissen abzulesen: Von aktuell 53 Professoren an ostdeutschen Universitäten sind 11 in der DDR promoviert oder habilitiert worden.⁴ (Zum Vergleich die Philosophie: Sehen wir von den Logikern ab, die ja, wie man hört, mit der DDR-Philosophie nie etwas zu tun hatten, dann sitzen dort bundesweit drei - wird die Ästhetik mit eingerechnet: fünf - amtierende Ostdeutsche auf

notierte Bibliographien d. Verf. verwiesen: DDR-Wissenschaftsgeschichte & Umbau von Hochschule und Wissenschaft in Ostdeutschland. Bibliographie 1989-1993, Leipzig 1994, und: Annotierte Bibliographie der selbständigen Publikationen und Graduiierungsarbeiten 1989-1996 zu den Geisteswissenschaften in der DDR und in Ostdeutschland, in P. Pasternack: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur, Leipzig 1996, S. 247-287. Dort noch nicht berücksichtigte, weil neuere Veröffentlichungen sind fortlaufend in der regelmäßigen Rubrik "Publikationen" der Zeitschrift *hochschule ost* verzeichnet.

³ Vgl. B. Schäfers: Notwendige Anmerkungen zum Wechsel der Herausgeber beim "Berliner Journal für Soziologie". In *DGS-Informationen* 3/1992, 45f.

⁴ Jürgen Knaube: Soziologie, in *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Hg. J. Kocka/R. Mayntz, Berlin 1998, S. 255-301, hier 297.

regulären Universitätsprofessuren. Von diesen befindet sich eine zudem an einer Theologischen Fakultät und ist durch einen zentralen Akteur des Einigungsvertragsprozesses von 1990 besetzt.) Bei den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen stammen in der ostdeutschen Soziologie zwei Drittel aus West- und immerhin ein Drittel aus Ostdeutschland.⁵ Trotzdem verbirgt sich dahinter eine nur geringe Verbleibsquote ostdeutscher SoziologInnen im akademischen Bereich. Diese wird vorwiegend der empiristischen Ausrichtung der DDR-Soziologie zugeschrieben (und der entsprechend einseitigen Qualifikation der ostdeutschen Soziologen, die freilich unterdessen vielfach erfolgreich erweitert worden war). Wie sie auch immer bewertet werden, den erzielten Ergebnissen in der ostdeutschen Soziologie waren jedenfalls ebenso ost-west-kommunikativ angelegte Bestandsaufnahmen des Faches in der DDR vorausgegangen, wie der Umbauprozess durchgehend unter Beteiligung Ost- wie Westdeutscher debattiert wurde.

Die Erziehungswissenschaft nun hatte sich gar dazu durchgerungen, ihren Auftritt in Ostdeutschland einer selbstorganisierten Evaluation zu unterziehen. (Wofür es freilich auch Gründe gab. Sie lassen sich daran ablesen, daß es einen einzigen amtierenden C4-Professor mit Ostbiographie gibt.) Von 1992 bis 1996 arbeiteten entsprechende Selbstevaluierungskommissionen der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.⁶ Auch in diesem Fach kümmerte man sich zuerst um Bestandsaufnahmen der Disziplin in der DDR. Näherhin nutzte eine unangepaßtere Fraktion (noch) Nichtetablierter ihr 1992 gegründetes *Jahrbuch für Pädagogik*, um die - "insgesamt betrachtet" - zu einer Erfolgssicht auf den ostdeutschen Umbau neigende Kollegenmehrheit mit aktuellen Stellungnahmen und Dokumentationen zu ärgern.⁷

Einen speziellen Fall in mehrfacher Hinsicht stellte die (evangelische) Theologie dar. Sie stand zunächst unter politischer Protektion. Diese äußerte sich insbesondere im kapazitativen Ausbau des Faches in den ansonsten vornehmlich von Abbau betroffenen Universitäten. Sodann nahmen, wie die Pfarrer in der Politik, zahlreiche Theologen im Wissenschaftsumbau zentrale Positionen ein. Diese Exponiertheit weckte Aufmerksamkeit

⁵ Rainer Kreckel: Soziologie an den ostdeutschen Universitäten: Abbau und Neubeginn, Halle/S. 1994, S. 10.

⁶ Deren Ergebnisse liegen in zwei Bänden vor: Erziehungswissenschaft im Aufbruch?, Hg. A. Kell, Weinheim 1994; Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Hg. A. Kell/J.H. Olbertz, Weinheim 1997.

⁷ Jahrbuch für Pädagogik 1992. Erziehungswissenschaft im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß, Frankfurt/M. 1992; Jahrbuch für Pädagogik 1993, Frankfurt/M. 1993; vgl. auch die nachfolgenden Ausgaben.

beim Publikum. Alsbald war die ostdeutsche Theologie aber auch in die kircheninternen Stasi-Debatten geraten. Mit dem Berliner Humboldt-Rektor Heinrich Fink⁸ hatte sie sich eine zentrale Projektionsfigur erschaffen. An Fink arbeiteten die unterschiedlichen Fraktionen des Faches ihr jeweiliges Verhältnis zur DDR ab. Eine symbolische Überfrachtung war die Folge. Fink war nur noch entweder Lichtgestalt oder der Leibhaftige. Vermischt ist all dies mit institutionellen Konkurrenzen gewesen, die sich aus der Auflösung der Kirchlichen Hochschulen und ihrer Überführung in die Universitätsfakultäten ergaben.⁹

Im übrigen ging die ostdeutsche Theologie Debatten über interne Umgestaltungen längere Zeit eher aus dem Wege. Eine Reihe von disziplingeschichtlichen Studien und Dokumentationen zur DDR-Geschichte der Theologie sind zwar vorgelegt worden. Doch wurden diese kaum in eine Debatte des Themas eingespeist. Statt dessen mäanderte der dröhnend-geraunte Name *Besier* durch die theologische Provinz. Mit diesem verband sich eine so eigene wie zwischenzeitlich üblich gewordene Aktenhermeneutik.¹⁰ In der Folge stritten sich die Theologen, ähnlich der Kirche, weitgehend aus einer Abwehrhaltung heraus mit den externen Anfragern um die DDR-Vergangenheit des Faches.

Inhaltlich beschränkten sich die Neugestaltungsdebatten in der Theologie auf zwei Dinge: Zum einen wurde die Ökumenik als Einfallstor des

⁸ Prof. für Praktische Theologie, von 1980 bis 1989 Direktor der Sektion Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, im April 1990 zum Rektor der HUB gewählt, auf anfragewürdiger Datengrundlage im November 1991 wegen - in der Folgezeit nie eindeutig geklärt - IM-Tätigkeit gekündigt. Vgl. ausführlicher meine Darstellung: Ein abgeschlossener Fall? Die Affäre Heinrich Fink 1990-1997, in *hochschule ost* 3-4/97, S. 214-246.

⁹ Beispielhaft ein Streit zwischen Berliner Sprachenkonvikt (dann Kirchliche Hochschule Berlin-Brandenburg) und Theologischer Fakultät der Humboldt-Universität in P. Pasternack (Hg.): Hochschule & Kirche. Theologie & Politik. Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR, Berlin 1996, S. 197-240.

¹⁰ Vgl. G. Besier: Die kaderpolitische Entwicklung an den theologischen Fakultäten (1952 - 1963), in ders.: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993, S. 381 - 418; ders.: Protestantische Kaderbildung - Zur Geschichte der Theologischen Sektionen (1969 - 1989), in ders.: Der SED-Staat und die Kirche 1969 - 1990. Die Vision vom "Dritten Weg", Berlin/Frankfurt a.M. 1995, S. 548-589. Vgl. als souveräne Entgegnung darauf M. Beyer: Vergangenheitsbewältigung zu wessen Bedingungen? Gerhard Besier und die Leipziger Theologische Fakultät, in: *Zeichen der Zeit* 3/93, S. 100 - 109.

Zur Rezeptionsgeschichte der MfS-Akten im allgemeinen gibt es eine so umfangreiche wie weithin unbefriedigende Literatur. Guten Gewissens empfehlen kann ich die Polemik von D. Dahn: Der Waschzwang des Staates. Wem gehört die Gauck-Behörde, in *Süddeutsche Zeitung*, 17./18.1.1998, sowie meine empirisch abgestützte Darstellung: IMs. Eine Fehlerdiskussion, in *spw* 6/1997, S. 43-46.

DDR-Staates in die Theologie identifiziert. Infolgedessen gibt es diese Teildisziplin heute meist so nicht mehr bzw. ist ersetzt durch Missionswissenschaft. Zum anderen bewährte sich das Fach wie ein Mann in der Abwehr einer offenbar als existentiell empfundenen Zumutung: dem Ansinnen, feministischer Theologie und/oder theologischer Frauenforschung Wirkungsmöglichkeiten und Stellen zu eröffnen.¹¹

In einigen anderen geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern hingegen war bislang allein deren DDR-Geschichte thematisiert, untersucht und diskutiert worden, um dies vom zugleich stattfindenden Umbau der Fächer völlig entkoppelt zu lassen. So verhielt es sich bspw. in den Sprach- und Literaturwissenschaften. Zu deren DDR-Geschichte liegen unterdessen zahlreiche Darstellungen vor, die einer reflektierenden Bezugnahme auf die nach-89er Entwicklung jedoch weitgehend entbehren. Auch aufsehenerregende Kontroversen gab es dabei bislang nicht.

Anfangs, 1990/91, waren gemeinsam mit westdeutschen Kollegen und Kolleginnen Tagungen zur Geschichte der DDR-Sprach- und Literaturwissenschaften durchgeführt worden, damit wohl nicht zuletzt Informationsbedarf auf westlicher Seite bedienend. Fachorgane öffneten der Dokumentation dieser Veranstaltungen ihre Seiten, so daß die Dinge übersichtlich vorliegen. Der Umbau seit 1990 selbst wurde als politischer Vorgang nicht und in fachlicher Hinsicht mäßig diskutiert. Es gab die fachüblichen Debatten über die systematische Ein- und Zuordnung der sprach- und literaturwissenschaftlichen Einzeldisziplinen in den Korpus der Fakultäten. Daneben spielte die kulturwissenschaftliche Öffnung des Faches eine gewisse Rolle. An diesem Punkt fiel zufällig eine aktuelle westdeutsche Debatte mit dem Ost-Umbau zusammen. Mithin: Auch dies war nicht primär durch die ostdeutsche Entwicklung induziert.

Ähnlich bei den Juristen: Dort waren im Zuge der intensiven wissenschaftlichen Bearbeitung des DDR-Rechtssystems zwar zahlreiche anspruchsvolle Studien zur DDR-Rechtswissenschaft vorgelegt worden, die auch voneinander abweichende, mitunter kontroverse Ergebnisse zeitigten. Form und Inhalt der Neugestaltung des Faches in Ostdeutschland jedoch fanden sich nicht streitig gestellt. Die Gründe dafür liegen recht nahe: Zum einen ist sich die etablierte westdeutsche Rechtswissenschaft ihrer selbst sehr gewiß. Die Systematik des Faches gilt weithin als unhinterfraglich. Gleiches ist für die curriculare Gestaltung des Ausbildungsganges zu sa-

¹¹ Vgl. bspw. Irene Klank: Erfahrungen mit der Institutionalisierung feministischer Theologie in Berlin, in *hochschule ost* 4/1995, S. 40-45.

gen, unbeschadet dessen, daß dieser Ausbildungsgang den außeruniversitären Repetitor zwingend erforderlich macht.

Zum anderen galten den westdeutschen Juristen die ostdeutschen Kollegen nicht als solche. Hierbei trafen sie sich mit den Wirtschaftswissenschaftlern. Eine Debatte über die Modalitäten des Umbaus der Disziplinen erübrigte sich damit. Man ging von einem planierten Gelände aus. Auf diesem konnte der rechts- wie der wirtschaftswissenschaftliche Landschaftspark angelegt werden, ohne früheren Bewuchs ins Kalkül ziehen zu müssen. Schließlich mußte zu all dem eine Anzahl von Professuren besetzt werden, die die beiden Fächer überforderte. Wer westelbisch habilitiert war, konnte in den neuaufzubauenden Rechts- und Wirtschaftswissenschaften nicht abgewiesen werden. (Daß sich aber auch unter diesen Bedingungen die paradigmatische Hermetik etwa der Wirtschaftswissenschaften bewährte, indem, gleichsam als Konfessionsvorbehalt, ein Bekenntnis zu den normativen Grundlagen des bestehenden Wirtschaftssystems Berufungsvoraussetzung war - das versteht sich von selbst. Vereinzelte Bewerbungen, die daran scheiterten, sind von so verschwindender Größenordnung, daß sie den Gesamtbefund des prinzipiellen Erfolgszwanges westdeutscher Bewerbungen nur marginal berühren.) Hier also brauchte sich niemand zu streiten, da (fast) alle zufriedengestellt werden konnten. Es wurden mithin in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften keine inhaltlichen Gründe gesehen, den Neuaufbau Ost zu diskutieren oder einer Analyse zu unterziehen.

Schließlich gab es noch einige geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer, in denen es fast völlig ruhig geblieben war. Es sind das die sog. Kleinen Fächer: Wissenschaftsgeschichte, Musikwissenschaft, Kunstgeschichte, Orient-, Altertums- und Regionalwissenschaften. In diesen Disziplinen kam lediglich der eine oder andere einsam bleibende Artikel vor, in Orientalistik und Musikwissenschaft wurde auch jeweils eine Dissertation zu deren DDR-Geschichte verfaßt, und es gab vereinzelt Streit um Personen. (Etwa, sehr illustrativ, in der Ethnologie: Die Ethnologen hatten erst einen Leipziger Professor zum Vorsitzenden ihres gesamtdeutschen Fachverbandes gewählt. Dann war die durch diesen Hochschullehrer besetzte Stelle vom sächsischen Wissenschaftsministerium zur Besetzung ausgeschrieben worden - wie die meisten anderen Professuren auch. Daraufhin konnten sich die westdeutschen Aspiranten für eine solche Stelle über einen Punkt nicht einigen: Ob man denn nicht gleichzeitig dieses Verfahren der Ausschreibung nicht unbesetzter Professuren "im Prinzip" ablehnen, sich aber trotzdem selbst auch auf die Stelle des soeben gewählten Verbandsvorsit-

zenden bewerben könne?¹²) In der Kunstgeschichte und Musikwissenschaft waren vereinzelt die Arrivierten der Fächer ob ihrer Arriviertheit angegriffen worden. Sie revanchierten sich mit mehr oder weniger subtilen Hinweisen: Bei manchem der Kritiker habe der steckengebliebene Aufstieg auch andere als politische Gründe gehabt.¹³

Kurzum: Dort wo Aktivitäten in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern zu beobachten waren, gab es zwei Verarbeitungsstrategien hinsichtlich der nach 1989 gegebenen neuen Situation. Verbanden die einen die wissenschaftsgeschichtliche Erkundung ihrer Fächer in der DDR mit intensiven Debatten des aktuell stattfindenden Umbaus, so inaugurierten die anderen heftige Aufarbeitungsbemühungen zu ihrer jeweiligen DDR-Fachgeschichte, um den zugleich stattfindenden Umbau der Fächer intensiv zu beschweigen. Zur letzteren Gruppe gehörte bis Januar 1996 die Philosophie.

Die Philosophie

Das Fach und seine Vertreter also hatten nach 1989 jahrelang allein dessen DDR-Geschichte thematisiert - und dies durchaus intensiv. Zunächst waren Dokumentationen zu den Häretikern des Faches vorgelegt worden: Ernst Bloch, Peter Ruben, Wolfgang Heise, Günther Jacoby, Lothar Kühne.¹⁴ In gewisser Weise gehört auch Robert Havemann in diese Reihe, der sich, von Hause aus Physikochemiker, mit sozialphilosophischen Thesen dissidentisch profiliert hatte.¹⁵ Bald erschienen auch über einzelne Personen hinausgreifende Darlegungen zur (politischen) Geschichte der DDR-

¹² Vgl. Der "Fall Treide". Dokumentation einer Debatte, Hg. C. Pommerening/Fachschaft Afrikanistik/Orientalistik der Universität Leipzig, Leipzig o.J. (1993).

¹³ Vgl. exemplarisch die Beiträge in *kritische berichte. Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaften* 2/1991.

¹⁴ Zu Bloch: M. Franzke: *Die ideologische Offensive*, Leipzig o.J.; V. Caysa et al.: 'Hoffnung kann enttäuscht werden', Frankfurt/M. 1992; zu Ruben: *Gefesselter Widerspruch*, Hg. H.-C. Rauh, Berlin 1991; zu Heise zahlreiche Beiträge auf den bisher drei Heise-Kolloquien, veranstaltet und hrsg. vom Ost-Berliner Institut für Ästhetik; zu Jacoby: *Günther Jacoby - Zu Werk und Wirkung*, Hg. Frank/Häntsch, Greifswald 1993; zu Kühne: *Von der Qual, die staatssozialistische Moderne zu leben*, Hg. Brie/Hirdina, Berlin 1993. Zu den Genannten trat später noch Wolfgang Harich hinzu: vgl. *Ein Streiter für Deutschland. Auseinandersetzung mit Wolfgang Harich*, Hg. S. Prokop, Berlin 1996; S. Prokop: *Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs*, Berlin 1997.

¹⁵ Zunächst waren 1990/91 zahlreiche Dokumentationen seiner Texte erschienen, vgl. daneben *Dokumente eines Lebens*, Hg. D. Draheim et al., Berlin 1991, und jüngst die vorzügliche Edition von Müller/Florath: *Die Entlassung*, Berlin 1996.

Philosophie.¹⁶ Eine erste größere Diskussion vormaliger DDR-Philosophen zur Geschichte ihres Faches veranstaltete im Januar 1995 der Luisenstädtische Bildungsverein.¹⁷ Eine weitere fand an der Universität Leipzig 1995 statt.¹⁸

Doch: Seinen aktuell stattfindenden Umbau in Ostdeutschland hielt das Fach dagegen seltsam frei von begleitenden öffentlichen Erörterungen - und die ausführlichste Wortmeldung war eine belletristische, sinnigerweise wie inhaltlich nachvollziehbar in einem Satire-Verlag erschienen. (John Erpenbeck: *Aufschwung*. Roman, Eulenspiegel Verlag Berlin 1996. Beschrieben wird darin der Weg eines einst international angesehenen, nunmehr abgewickelten ostdeutschen Philosophie-Professors hin zum Gründer und Leiter eines kommerziellen "Instituts für wissenschaftliches Handlinienlesen" mit atemberaubendem Geschäftserfolg, der ihm schließlich als erfolgreichstem Existenzgründer in Ostdeutschland das Bundesverdienstkreuz einträgt. Ein durch und durch satirischer Plot, unaufdringlich gestaltet, der nahezu alle realsatirischen Momente des deutsch-deutschen Vorgangs der letzten Jahre fokussiert, bis hin zu hierzulande ungewohnt neuen Schwerpunkten aufklärerischen Wirkens: Für die durch die Lektüre neu Interessierten ist auch ein "Brevier der Chiromantie" eingehftet - und für die standhaft Bleibenden dies auf andersfarbigem Papier, des einfacheren Überblätterns wegen.)

¹⁶ Neben den bekannten externen Darstellungen von H. Wilharm: *Denken für eine geschlossene Welt. Philosophie in der DDR*, Hamburg 1990, und N. Kapferer: *Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945-1988*, Darmstadt 1990, vgl. F. Richter: *Philosophie in der Krise*, Berlin 1991; *Das Problem der Freiheit im Lichte des Wissenschaftlichen Sozialismus*, Hg. Heppener/Hedeler, Berlin 1991; G. Herzberg, *Überwindungen*, Berlin 1990; ders.: *Einen eigenen Weg gehen*, Berlin 1991; ders.: *Abhängigkeit und Verstrickung*, Berlin 1996; H.-P. Krüger: *Demission der Helden. Kritiken von innen*, Berlin 1992; *Philosophie - Wissenschaft - Geschichte*, Hg. K.-F. Wessel, Berlin 1992; R. Mocek: *Versuch zur Bilanz der Wissenschaftstheorie in der DDR. Entstehung - Inhalte - Defizite - Ausblicke*, Dresden 1994; *Die Biopsychosoziale Einheit Mensch. Begegnungen. Festschrift für Karl-Friedrich Wessel*, Hg. Kleinhempel et al., Bielefeld 1996. Ostdeutsche Ergänzungen zum o.g. Kapferer lieferten die Innenansichten ostdeutscher Philosophen, Hg. N. Kapferer, Darmstadt 1994. Implizit um DDR-Philosophie resp. Philosophie und DDR ging es auch in der Berliner Ringvorlesung zur 11. Feuerbach-These im Humboldt-Foyer, die einen hochsymbolischen Streit auf die gegenstandsangemessene inhaltliche Ebene hob: Eine angeschlagene These, Hg. V. Gerhardt, Berlin 1996. Zu ergänzen wären die schwer überschaubaren Zeitschriftenbeiträge zur Fachgeschichte in der DDR.

¹⁷ *Gestörte Vernunft? Gedanken zu einer Standortbestimmung der DDR-Philosophie*, Hg. Mende/Mocek, Berlin 1996.

¹⁸ *Die Philosophie in der DDR zwischen Bolschewisierung und deutscher Tradition*, in Eichler/Schneider (Hg.), *Russische Philosophie im 20. Jahrhundert*, Leipzig 1996, S. 193-247.

Mit dem Heft 1/1996 der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* änderte sich die Situation. Ulrich Johannes Schneider, aus Amerika gekommener, in tribalistischer Perspektive westdeutsch einzuordnender Assistent in Leipzig, hatte nach Veränderungen in der Philosophie infolge des deutsch-deutschen Umbruchs gefragt. Er kritisierte, daß die deutsche Universitätsphilosophie "aus einer Selbstverständlichkeit in die andere... geraten (scheint), ohne daß eine nicht bloß lokale Diskussion darüber stattgefunden hätte."¹⁹ Daß die "Veränderung von den Philosophieprofessoren schweigend akzeptiert wurde", erweise "sie alle, in Ost und West, als gute Staatsbürger und disziplinierte Wissenschaftler, zu deren Wissenschaft es offenbar nicht mehr gehört, Probleme einer zwar friedlichen, aber radikalen Revolution aller Verhältnisse, gedanklich und im Hinblick auf das eigene Tun zu begleiten."²⁰

Schneider schien mit seinem Essay ein informelles Agreement verletzt zu haben. Man hörte merkwürdige Sachen. Da wurden aus Anlaß des Artikels, aber noch vor seinem Erscheinen eigens Lehrstuhlsitzungen einberufen. Dort gab ein vorbereitetes Grundsatzreferat die Linie der Gegenargumentation vor. Alsdann fand sich die Versammlung aufgefordert, ergänzende Empörung zu artikulieren.²¹ Kurz: die Dialektik von Erneuerung (der Inhalte) und Kontinuität (der Form). Am Ende aber mußten die benötigten Wortmeldungen dann doch selbst geschrieben werden.²²

Eine verspätete Debatte hat freilich auch Vorteile. Die Betrachtung kann von den Ergebnissen her geschehen. Wenn alles gelaufen ist, darf die Umbaufolgenanalyse auf prozessuale Rücksichtnahmen verzichten: Ein

¹⁹ Ulrich Johannes Schneider: Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1/1996, S. 149-159, hier 150.

²⁰ Ebd., S. 158.

²¹ Vgl. die Indiskretion von Rüdiger Zill: Staatsphilosophie, in *Frankfurter Rundschau*, 14.5.1996. Zill bezieht sich auf die Berliner Humboldt-Universität.

²² Vgl. Guntolf Herzberg: Lautes oder lauter Schweigen? Über die Schwierigkeiten, die DDR-Philosophie aufzuarbeiten, in *Die Welt*, 11.5.1996; ders.: Leere Schubladen. Zum Mythos einer Subkultur in der DDR-Philosophie, in *Frankfurter Rundschau*, 6.12.1996; Volker Gerhardt: Philosophieren nach dem Marxismus. Rückblick auf die überwundene Teilung, in *Information Philosophie* 5/1996, S. 5-23; ders.: Die DDR war keine Idylle. Für eine kritische Marxismus-Diskussion. Eine Antwort auf Ulrich J. Schneider, in *Frankfurter Rundschau*, 29.10.1996; ders.: Der Geist schweigt im Futur. Von den Intellektuellen und der DDR-Philosophie, in *Der Tagesspiegel*, 22.2.1997; ders.: In den Machtapparat verstrickt, in *Der Tagesspiegel*, 8.9.1997, S. 13.

"Augias-Stall" war "auszumisten",²³ ließ sich der aus Hamburg nach Jena geeilte K.-M. Kodalle zu vernehmen. Der Ostüberlebende H.-U. Wöhler, TU Dresden, informierte in der gleichen Zeitschriftennummer über die "Ahnungslosigkeit" von Leuten, die "die getane Arbeit mit dem Ausmisten eines Augiasstalles verglichen".²⁴ Das war dann immerhin eine klar benannte Differenz. So ward auch bei diesem Thema alsbald ein erster Schritt zur wünschenswerten "Pluralisierung der Philosophie"²⁵ getan.

Auch das genannte Grundsatzreferat war bald publiziert. Guntolf Herzberg, Humboldt-Universität Berlin, hatte die Richtlinien für die philosophisch korrekte Diskussion bei der Hand und stand nicht an, sie öffentlich kundzutun.²⁶ Damit brach sich in der DZPh ein breiter Strom differenziert tiefsinniger Argumentationen Bahn.²⁷ Flankierend wanderte die Debatte in langweiliger Bewegung in das Feuilleton. Auch hier war als Autor immer wieder G. Herzberg dabei. Es schien zunächst nicht umsonst zu sein, denn in seinen Beiträgen fand sich eine verfolgenswerte Frage. Doch ausgerechnet die ist bislang nicht beantwortet worden: Was eigentlich wäre im umgekehrten Falle gewesen? Anders gesagt: Welche Situation gäbe es, wenn nicht die spätbürgerlichpostmodernpoststrukturalistischneopragmatischsozialkonstruktivistische Philosophie, sondern der Historische und Dialektische Materialismus im philosophischen Revier übriggeblieben wäre? Folgendes vermutlich:

Hans St., vormals Parteihochschule "Karl Marx", Berlin (DDR), besetzte in Frankfurt am Main eine Ordentliche Professur für - kleine Umwidmung - Historischen Materialismus. Jürgen H. hätte an dessen Lehrstuhl, nach der Evaluierung als "entwicklungsfähig", eine auf drei Jahre befristete Oberassistentenstelle: um sich für eine eventuelle Dauerstelle (außer-

²³ Klaus-Michael Kodalle: Zur Erneuerung der philosophischen Institute. Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 503.

²⁴ Hans-Ulrich Wöhler: Die Erfahrung des Anderen, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, 508.

²⁵ Kodalle, a.a.O., 504.

²⁶ Guntolf Herzberg: Warum ist nicht alles so geblieben, wie es war?, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 2/1996, S. 311-314.

²⁷ Neben den bereits zitierten und den noch zu zitierenden Artikeln: W. Schmid: Zur Situation der Philosophie, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 2/1996, S. 313f.; K.-D. Eichler: Tabula rasa und Kontinuität. Anmerkungen zu einer Diskussion, in ebd. 4/1996, S. 685-691. In anderen Zeitschriften erschienen neben den hier bereits zitierten folgende Aufsätze zu der Debatte: V. Gerhardt: Philosophieren nach dem Marxismus. Rückblick auf die überwundene Teilung, in *Information Philosophie* 5/1996, S. 5-23; Th. Heinrichs/H. Weinbach: Mit PhilosophInnen ist ein Staat zu machen. Selbstaufgabe und Abwicklung der DDR-Philosophie, in *Forum Wissenschaft* 4/1997, S. 51-53.

ordentliche Dozentur) im Bereich "Kritik der bürgerlichen Soziologie" zu qualifizieren. Als messerscharfer Analytiker würde H. bei seinem ersten Auftritt vor dem Zentralen Rat für marxistisch-leninistische Philosophie in Berlin, Hauptstadt der vereinigten DDR, zutreffend bekennen, daß er, als ideologischer Exponent des alten Systems, Schuld auf sich geladen und nun die Konsequenzen zu tragen habe. Dies könne gar nicht anders sein, auch wenn er, das wenigstens noch zu erwähnen, einige Male versucht habe, das zerstörerische Wirken der Bourgeoisie in der ehemaligen BRD mit kritischen Anmerkungen ein wenig zu korrigieren, ja, mitunter regelrecht zu torpedieren: wie letztthin noch mit seiner These vom Verfassungspatriotismus, mit der er sich nicht nur Freunde gemacht habe. Denn die herrschende Kapitalistenklasse hatte gerade beschlossen gehabt, ihr erkennbar in den letzten Zügen liegendes Regime durch die Mobilisierung eines nationalen Selbstbewußtseins zu retten. - Indes, bei aller Einsicht in der Sache, im Pausengespräch mit, sagen wir mal, Hans-Peter K., den er als zugänglich kennengelernt hatte, rutschte es H. dann zweifelsohne doch heraus: Irgendwie fühle er sich auch ein bißchen verdrängt, womit er freilich nichts gegen Genossen St. gesagt haben wolle, den er ja auch früher schon aus der Ferne sehr zu schätzen wußte. H.-P. K. nickte verständnisvoll und wüßte doch zugleich noch mehr: Hätte er nicht einige ungarische und polnische Kollegen zu Interventionen bei der ZK-Abteilung für Wissenschaft veranlaßt, dann wäre H. bereits seit einem Jahr zum Agitationstexter oder Betriebsökonom umgeschult worden. So indes sind nur seine nicht mehr zeitgemäßen Werke auf die Deponie des Schweigens entsorgt worden. -

Schneider hatte in seinem Essay nach Veränderungen gefragt. Er sah keine. Wie auch, der akademische Betrieb must go on. Hatten die dominierenden Interessen²⁸ den Vorgang so willkürlich werden lassen, daß alle Legitimationsreserven aufgebraucht sind? Oder rechtfertigte das Programmziel 'Ausmisten des Augiasstalles' jede Instrumentierung unabhängig von zivilisierenden Accessoires, etwa, insonderheit, hinsichtlich ihres rechtsförmigen Charakters?²⁹ Kodalle dementierte nicht völlig, daß da vielleicht Probleme zu entdecken wären. Er bestritt hingegen die Korrektheit der aktuellen Situationsbeschreibung. Damit konnten ihm Schneiders Problembezeichnungen selbstredend nicht nachvollziehbar sein. Immerhin konzedierte Kodalle, daß die "seriöse" Untersuchung des Vorgangs aufschlußreich sein könnte.³⁰

²⁸ Wolfgang Bialas: DDR-Philosophie - Ideologie der Macht oder Wissenschaft des Geistes?, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, 513.

²⁹ Vgl. Schneider, a.a.O., 154f.

³⁰ Kodalle, a.a.O., 503.

In der Tat stellt ja der zu bewältigende Zusammenprall zweier Wissenskulturen wissenschaftsgeschichtlich einen eher seltenen Vorgang dar: Stand auf der einen Seite die von angelsächsischem Einfluß nicht gänzlich unberührte westdeutsche Beamtenwissenschaft, so auf der anderen die zuvor an den herausragenden Leistungen der Sowjetwissenschaft orientierte zentralplangesteuerte Erkenntnissuche im Dienste der Erfüllung der Hauptaufgabe der Realisierung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Wechsel vollzog sich als einer aus der einen Selbstverständlichkeit in die andere.³¹ Die Frage ist, wie selbstverständlich die vermeintlichen Selbstverständlichkeiten sind. Hatten da nicht unlängst die *Autonomen Dialektiker* gesprüht: "Die spätbürgerliche Philosophie hat nicht gesiegt. Sie ist nur übriggeblieben"?

Was immer das auch heißen könnte, irgendwann werden, wie für den gesamten Wissenschaftsumbau Ost, auch für die Philosophie die Veränderungen zu beschreiben sein, die sich aus dem 89er *big bang* ergeben haben. Oder auch nicht ergeben haben: Immerhin, während die gereizte Debatte auf Hochtouren lief, hatten auch 200 gute Freunde und Bekannte von Manfred Buhr das Bedürfnis, diesem öffentlich zum 70. Geburtstag zu gratulieren, obgleich Buhr gemeinhin als exemplarische Verkörperung des *Kaderphilosophen* gilt. Die Liste der Gratulanten ist durchaus eindrucksvoll: Unter anderen Hans-Georg Gadamer, Gerhard Haney, Dieter Henrich, Hermann Lübke, Jürgen Mittelstraß, Günther Patzig, Manfred Riedel erwiesen dem früheren Zentralinstitutsdirektor ihre Referenz.³²

Joachim Jung beschrieb derweil in einer Kampfschrift wider den akademischen Normalbetrieb,³³ in welcher Weise er den nun auch an den ostdeutschen Instituten fest verankerten Pluralismus erlebt habe: Überall Kantianer, Hegelianer und sonstige Traditionspfleger; es herrsche "eine weitverbreitete Abwehr neuer wissenschaftlicher Weltauffassungen".³⁴ Doch nicht nur das. Jung hatte es hautnah erleben wollen und sich vor Ort begeben. An der TU Dresden empfing ihn der Moralphilosoph Thomas Rentsch: "Um für eine lebendige Diskussion zu sorgen und die nötige Mei-

³¹ Schneider, a.a.O., 150.

³² Vgl. Philosophie im Zeichen der Vernunft. Festgabe für Manfred Buhr zum 70. Geburtstag, Hg. G. Oberkofler, Innsbruck/Wien 1996. Die *Tabula gratulatoria* wurde, wie sich detailliert mitgeteilt findet, mit Unterstützung des Evers-Marcic-Fonds der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg, des Kulturreferats des Landes Tirol, der Adele Stürzl-Stiftung, der Fundacao Calouste Gulbenkain Lissabon, der Sociedad Espanola Leibniz Madrid und des Konvent für europäische Philosophie und Ideengeschichte gedruckt.

³³ Joachim Jung: Der Niedergang der Vernunft, Frankfurt/New York 1997.

³⁴ Ebd., S. 139f.

nungsvielfalt zu gewährleisten, hatte der Professor seine beiden Assistenten mitgebracht. Aber siehe da: alle drei waren immer der gleichen Auffassung und bestätigten einander bei jeder Gelegenheit. Es war eine bemerkenswerte Szene, die jeder Landesbühne Ehre gemacht hätte: einer gab das Stichwort und redete, und der andere rief dazwischen: 'Ja, richtig! ... Das ist es! ... So ist es!' ... Welches Prinzip dieser harmonieerzeugenden Einigkeit zugrunde lag, erklärte der Professor ganz zum Schluß: 'Wer mit mir nicht übereinstimmt', sagte er, 'mit dem kann ich nicht arbeiten.'³⁵

Dies - die geschehenen und die unterbliebenen Veränderungen - wäre gelegentlich detaillierter zu beschreiben. Sobald das dann vorläge, ließe sich einigen - optionale Bewertungen formulierenden - Fragen nähertreten: Haben die sozialen Verhältnisse innerhalb der westdeutschen Wissenschaft und deren personale Träger die Domestizierung eines chancenbeladenen Neustrukturierungsvorgangs bewirkt: hin zur andernörtigen Wiederholung einer hochdefizitären westdeutschen Wissenschaftsrealität? Oder wurde der Umbau, überformt von Patronagemustern und klientelistischen Interessenstrukturen, gar degeneriert zu einem wissenschaftsschädigenden Vorgang: insofern als er *einseitig* ressourcensichernde und Einflußsphären befestigende Ergebnisse zeitigte? Oder aber entbehrte der Vorgang aufgrund eingrenzender, extern gesetzter und im Prozeß selbst nicht zu beeinflussender Rahmenbedingungen jeglicher Innovationschancen größerer Reichweite? Schließlich: Oder geriet der ostdeutsche Umbau gegen die wissenschaftsüblichen Protektionsmechanismen zu einer vergleichsweise innovativen Veranstaltung?

Seit dem Philosophenstreit sind hier zumindest unsere Vermutungen schon etwas verfestigt.

³⁵ Ebd., S. 137.